„Der Courier"
ist die führende Zeitung für die deutsch-sprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Bezugspreis:
für Canada $2.50
für Ausland $3.50
Büros und Druckerei:
1835 Halifax Straße, Regina.

Der Courier

"The Courier"
is the leading Canadian Paper in the German language.
Issued every Wednesday.
Subscription price:
in Canada $2.50
to foreign countries $3.50
Offices and printing plant:
1835 Halifax Street, Regina.

Organ der deutschsprechenden Canadier

18. Jahrgang | 12 Seiten | Regina, Saskatchewan, Mittwoch, den 15. Juli 1925 | 12 Seiten | Nummer 36

Feldmarschall Haig und die „Teutonen"

Verurteilt die Einwanderung von Zentraleuropäern

Kriegsveteranen sollen Canada bevölkern.

Feldmarschall Earl Haig bereist bekanntlich zur Zeit Canada, wobei er mit besonderem Nachdruck auf die Einigung der verschiedenen Verbände der Kriegsveteranen hinarbeitet, die sich bisher im Zustande einer heillosen Zersplitterung befanden. Doch ist wohl anzunehmen, daß mit der Feldmarschall-Reise auch ganz bestimmte politische Ziele und Aufgaben verbunden sind, genau so wie die Fahrten des „Prince of Wales" nach Canada, Südafrika oder Argentinien keine reinen Vergnügungsfahrten sind, sondern den Interessen des britischen Außenamtes in London dienen. Feldmarschall Haig hat die Katze aus dem Sacke gelassen, indem er in einer Rede in Winnipeg eine beleidigende Aeußerung gegen die „Teutonen" und andere Zentraleuropäer fallen ließ.

„Es ist", so sagte er, „für mich, der ich aus dem alten Lande komme und mit Delegaten aus Ueberlee zusammentreffe, **sehr niederschlagend**, von Millionen von Ackern zu hören, wo überhaupt noch keine Ansiedler sind, und ebenso **davon zu hören, daß sie in einige Teile des Landes Teutonen und solche von Zentraleuropa bringen anstatt einige von dem „good old stock"** (womit die Briten und insbesondere ihre Kriegsveteranen gemeint sind.) Earl Haig fuhr fort: „Wir errichten eine Zweigstelle in der British Empire Service League, die sich mit der Einwanderungsfrage befassen soll, nicht um neue Plätze zu erfinden, sondern um die bereits bestehenden zu prüfen. Dazu braucht die Liga natürlich Geld und ich zweifle nicht daran, daß sie zu gegebener Zeit die Dominions um finanzielle Hilfe ersuchen wird, um nicht vollständig vom alten Lande und seinen Hilfsmitteln abzuhängen. Die Zukunft des britischen Reiches hängt von seinem Fleisch und Blut ab. Der Verstand und die Entschlossenheit unserer Mitbürger haben das britische Reich zu dem gemacht, was es ist. Wir müssen das rechte Blut herausbekommen. Es ist nicht meine Sache, das zu kritisieren, was Ihr seit dem Kriege getan habt, aber ohne Zweifel könnet wir es ein gut Teil besser machen. Wir haben ebenso gute „fellows" zu Hause als jemals unsere Küsten verlassen haben."

Feldmarschall Earl Haig als Agent für rassenreine britische Einwanderung nach Canada! Das also ist des Pudels Kern. Es wäre auch zu schön, wenn man Canada mit den paar Millionen britischer Arbeitslosen beglücken könnte, die zu Hause Woche für Woche die „doles" einstecken und sich gar nicht so sonderlich nach Arbeit sehnen. Sie würden gewiß das Land aufbauen und daraus einen blühenden Garten machen. Bisher ist der Westen ja noch eine rauhe, unwirtliche Wildnis, in die der Herr Feldmarschall auf Ochsenkarren einziehen muß. Oder, Herr Feldmarschall, ist es ein kleines wenig anders? Oder sind es nicht die „Teutonen" aus Rußland, aus dem ehemaligen Oesterreich-Ungarn, aus Rumänien, aus Deutschland und aus anderen Teilen Zentraleuropas gewesen, die es Ihnen, Herr Feldmarschall, ermöglichten, überhaupt Ihren Fuß auf dieses Land zu setzen? Wenn es auf die Mehrzahl der Leute vom „good old British stock" — von rühmlichen Ausnahmen abgesehen — angekommen wäre, dann wäre hier fürwahr noch unendlich viel Platz für Ihre „War Veterans" und für Ihre Arbeitslosen aus der „old country". Ob sie aber die Lust und die Tüchtigkeit zu den Mühseligkeiten und Strapazen des Pionierlebens im canadischen Westen hätten, ist eine Frage, zu der die Antwort auf einem anderen Blatte steht.

Für unsere Freunde, die „Teutonen", aber ist die oben zitierte Aeußerung des Herrn Feldmarschall Earl Haig ein neuer Beweis für die unauskömmliche Dankbarkeit, die ihnen als „Foreigners" vom „good old British stock" entgegengebracht wird. Die Herrschaften kennen uns nur, wenn sie uns zur Verrichtung der gröbsten Arbeiten, zu Wahlzwecken, zum Steuerzahlen oder zur Unterstützung ihrer eigenen Interessen brauchen. Im übrigen aber sollen wir solche Fußtritte, wie uns der Herr Feldmarschall deren einen versetzt hat, noch dankend quittieren und womöglich noch die Stiefelabsätze küssen, die uns damit bedacht haben.

Nicht uninteressant ist auch das, was Haig über die Finanzierung der Einwanderungs-Bestrebungen der „British Empire Service League" gesagt hat. Die Dominions sollen sich nämlich nicht nur gefallen lassen, daß ihre Einwanderungspläne von jener Liga kritisiert werden, sondern sogar noch Geldzuschüsse dazu leisten.

Aus welcher Ecke weht hier der Wind? Richtet sich das nicht gegen die Einwanderung von Nichtbriten, von „Teutonen" und ähnlichen Zentraleuropäern? Wir brauchen nur zwischen den Zeilen zu lesen, um der langen Rede kurzen Sinn zu verstehen.

Man kann wohl nicht gut einem Briten zumuten, daß er neben seiner englischen Sprache noch die Sprache eines anderen Volkes beherrscht — von rühmlichen Ausnahmen abgesehen. Würde Herr Feldmarschall Haig Deutsch lesen können, so würden wir ihm empfehlen, die Worte des mexikanischen Präsidenten Calles auf Seite 12 dieser Courierausgabe sich zu Gemüte zu führen. Herr Calles heißt die „Teutonen" herzlich in seinem Lande willkommen und versichert ihnen, daß sie in Mexiko als Brüder betrachtet würden. Es wäre wohl von der britischen „Großmut" zu viel verlangt, wenn man ähnliche Worte der Anerkennung und Freundschaft von jener Seite erwarten wollte — ausgenommen in Wahlzeiten.

Canadas Alkoholausfuhr in die Ver. Staaten

Ottawa, 12. Juli. — Der Handelsbericht des statistischen Büros von Canada zeigt, daß im vergangenen Jahre, das mit dem 31. März endete, Whiskey, Ale und Bier im Werte von $12,284,387 von Canada in die Ver. Staaten ausgeführt wurde.

Der Whiskeyexport hat eine Zunahme von 194,000 Gallonen erfahren.

Die übrigen Export- und Importziffern zeigen einen starken Rückgang in den verflossenen 12 Monaten.

Der Wert des Imports sank um $72,000,000, der Wert des Exports um $5,000,000.

Der Import sank besonders in Mineralien, Textilwaren, Papier und Holz.

Handelsvertrag zwischen Canada und Westindien

Erschließung neuer Märkte

Vorzugsbehandlung gesichert.

Wie schon im „Courier" einmal mitgeteilt wurde, hat in Ottawa eine Konferenz zwischen Canada und Britisch-Westindien stattgefunden. Diese Konferenz hat einen Handelsvertrag gezeitigt, der für einen verbesserten Schiffahrtsverkehr zwischen den beiden Vertragsparteien und für gegenseitige Tarifvergünstigungen Vorkehrungen trifft. Der Vertrag regelt die Beziehungen Canadas zu den westindischen Inseln, zu Bermuda, zu Britisch-Guiana und Britisch-Honduras. Canada gewährt Vorzugstarife auf Bananen, Kakaobohnen, Rum, grünen Kaffee, Zwiebeln, Zucker und andere Waren, die aus jenen tropischen oder subtropischen Gebieten zu beziehen sind. Jamaica, Bahamas, Honduras, Trinidad und Guiana gewähren Canada Vorzugstarife auf Mehl, Butter, Käse, Fett, kondensierte Milch, Fleischwaren aller Art, Aepfel, Kartoffeln, Schuhe, Zement, Kleidungsstücke usw. Ferner sind genaue Bestimmungen über den Fracht-, Passagier- und Postverkehr zwischen den canadischen und westindischen Häfen getroffen.

Deutscher Börsenprotest gegen Aufwertungspläne

Berlin, 8. Juli. — Das Börsenkomitee hat beschlossen, als Protest gegen den neuesten Beschluß des Aufwertungs-Komitees des Reichstages, die Börse zu schließen. Auch alle anderen Börsen in Deutschland waren heute geschlossen.

Das Aufwertungskomitee entschied nämlich, zwischen alten und neuen Inhabern der staatlichen, auf Papiermark lautenden Bonds einen Unterschied zu machen und den ursprünglichen Inhabern eine Aufwertung von 5 Prozent, den neuen Inhabern aber nur eine solche von 2½ Prozent zuzugestehen.

Bankiers und Finanzleute sind im allgemeinen der Ansicht, daß es unmöglich sein werde, diesen Beschluß des Aufwertungskomitees in der Praxis durchzuführen und man befürchtet, daß diese Entscheidung auf die deutschen Wertpapiere im Ausland eine ungünstige Rückwirkung haben werde.

Es wird ausdrücklich erklärt, daß keine Börsenangst herrsche, sondern daß die Schließung nur ein politischer Protest gegen die von der Regierung hinausgeschobene endgültige Aufstellung eines Aufwertungsprogramms sei.

Das Börsenkomitee beschloß auch, daß bis auf weiteres von der Kursnotierung der deutschen Städtebonds und der Bonds der deutschen Bundesstaaten Abstand genommen werden wird. In der Mitteilung des Beschlusses heißt es, das Börsenkomitee glaube, daß die Entscheidung des Aufwertungskomitees des Reichstages das Zutrauen in deutsche Anleihen und in die Regierungserklärungen hierüber erschüttern werde. Ferner wird erwähnt, daß der Börsenschluß außer seiner Hauptbedeutung als Protest auch eine Maßnahme sei, um zu verhindern, daß vorkriegszeitliche Wertpapiere massenweise auf den Markt geworfen werden.

Plan einer Erweiterung des Donaubettes

Budapest, 13. Juli. — Die Donaukommission hat an die Staaten, die an dem Donauverkehr interessiert sind, die Anfrage gerichtet, ob sie bereit wären, die Schiffbarmachung der Donau auch für Seeschiffe zu ermöglichen. Dadurch könnte ein bedeutender Teil Ost- und Mitteleuropas in den unmittelbaren Weltverkehr eingeschaltet werden.

Die Finanzierung dieses Projektes würde nach der von Ungarn vorgeschlagenen Lösung durch die Schaffung eines Fonds erfolgen, der aus Beiträgen der Donaustaaten gebildet werden sollte. Ungarn würde nach dem Plan die bereits vor dem Kriege verfertigten genauen Entwürfe bezüglich der technischen Arbeiten liefern, unter denen die Vertiefung des Donaubettes im Eisernen Tor den wichtigsten Teil bildet.

Die Donaukommission soll sich bereit erklärt haben, zu Lasten der zu bildenden Unternehmung im Wege des Völkerbundes eine Anleihe aufzunehmen, deren Tilgung den Donaustaaten obliegen würde. Im Falle des Scheiterns dieses Planes soll an eine Privatunternehmung eine Konzession auf höchstens 50 Jahre erteilt werden.

Weitere Hinrichtungen in Bulgarien

Sophia, 13. Juli. — Vom Kriegsgerichte wurden zwei weitere Männer zum Tode durch den Strang und drei zu Gefängnisstrafen verurteilt. Die fünf Männer waren angeklagt, Personen, die für die Bomben-Explosionen in der Swati-Kral-Kathedrale im April verantwortlich gehalten werden, Gehälter und Protektion gewährt zu haben. Bei der Explosion verloren, wie mitgeteilt, 160 Personen das Leben. Bis jetzt wurden 6 Personen, die mit dem Verbrechen in Verbindung gebracht worden, hingerichtet.

Luftverkehr von Leningrad nach Alaska?

Moskau, 13. Juli. — Die russische Sowjetregierung plant eine Luftroute zwischen Leningrad (früher St. Petersburg) und Alaska bezw. Japan herzustellen. Die Route soll der Küste von Murmansk, der Bai von Obeij, dem Lenastrom und der Beringsstraße entlang gehen. Die Fahrt soll in 7½ Tagen zurückgelegt werden. Eine Probefahrt nach Kap Barro an der Küste des nördlichen Alaska für Erforschung der Verhältnisse und Zustände des nördlichen Eismeeres ist für das Jahr 1927 in Aussicht genommen.

Prügeleien im litauischen Landtage

Der frühere Ministerpräsident Grinius schwer verletzt.

Kowno, 12. Juli. — Im litauischen Landtage kam es anläßlich der Beratung des neuen Preßgesetzes, durch das die Presse der ordentlichen Gerichtsbarkeit entzogen und der administrativen Gewalt ausgeliefert werden soll, zu sehr scharfen Zusammenstößen zwischen der Opposition und der Regierung. Die Lärmszenen steigerten sich schließlich derart, daß der Präsident die Hilfe der Polizei herbeirief. Zwei Abgeordnete der Opposition, die den Gesetzentwurf der Regierung einer vernichtenden Kritik unterzogen hatten, wurden von der Sitzung ausgeschlossen, und als sie sich weigerten, den Saal zu verlassen, von Polizisten gewaltsam hinausgeführt. Als auch der frühere Ministerpräsident, Dr. Grinius, der greise Vorkämpfer der litauischen Freiheitsbewegung, der jahrelang in russischen Gefängnissen geschmachtet hat, nachdem er das Verhalten des Präsidenten gegen die Opposition als unehrenhaft bezeichnet hatte, gleichfalls von der Sitzung ausgeschlossen wurde, entspann sich eine wüste Prügelei zwischen den Abgeordneten der Opposition und den Demokraten, die auf Dr. Grinius losstürzten. Während des Tumults wurde Dr. Grinius schwer verletzt. Mit Hilfe weiterer Polizeiassistenz wurden die oppositionellen Abgeordneten, die Hochrufe auf Grinius ausbrachten u. die Nationalhymne anstimmten, schließlich aus dem Saal gedrängt. Die Prügelei setzte sich aber noch in der Couloirs fort.

Ein serbischer Abgeordneter für die Gleichberechtigung der Deutschen

Das Deutsche Ausland-Institut teilt uns mit: Der formelle Beitritt des deutschen Abgeordneten Schumacher zur serbischen Landwirtepartei hat eine erste erfreuliche Folge gezeitigt. In der Belgrader Nationalversammlung richtete der serbische Abgeordnete Vujic vom Klub der Landwirte an den Innenminister eine Anfrage, die im Parlament allgemeines Aufsehen erregte, da sie ein drastisches Bild der Verhältnisse entrollte, unter denen loyale deutsche Staatsbürger des Staates zu leben gezwungen sind. Den Ausgangspunkt dieser Anfrage bilden die strengen Maßnahmen, die gegen die deutsche Bevölkerung der Banater Gemeinde Deutsch-Crnja ergriffen wurden. In dieser Gemeinde müssen nämlich auf Anordnung der Behörde sämtliche Gasthäuser und Geschäfte um 7 Uhr abends gesperrt sein und nach diesem Zeitpunkt darf sich die Bevölkerung nicht mehr auf der Straße zeigen (Deutsch-Crnja liegt an der südslawisch-rumänischen Grenze.) Der Abgeordnete Vujic setzte in seiner Rede insbesondere auseinander, daß, während in Deutsch-Crnja die Gasthäuser gesperrt seien, in dem unmittelbar benachbarten Serbisch-Crnja die ganze Nacht hindurch gezecht werde und kaum eine Nacht vergehe, in der nicht jemand erstochen würde. Wörtlich sagte Vujic: „Ich glaube, es ist eine peinliche Sache, daß man den Serben erlaubt, was man den Deutschen verbietet. Wenn schon eine Verordnung herausgegeben wurde, so muß sie für alle gelten ohne Unterschied der Nation. Ich spreche als Serbe, weil ich nicht zugeben kann, daß zwischen den Deutschen und uns ein Unterschied gemacht werde, wie er tatsächlich gemacht wird."

Canadas Weizenernte auf 350 Millionen Buschel geschätzt.

Ottawa. — In einem von dem statistischen Büro ausgegebenen Ernteberichte wird der mutmaßliche Weizenertrag in diesem Jahre auf 350 Millionen Buschel geschätzt.

Dominion-Wahlgerüchte

September oder Oktober werden in Aussicht genommen

Kabinettsänderungen vermutet.

Ottawa. — Trotz des ungünstigen Wahlausfalles in Nova Scotia für die liberale Partei glaubt die Dominiongregierung doch, daß der Sache ziemlich sicher zu sein. Wenigstens kann man zu diesem Schlusse kommen, wenn man die in Ottawa in Umlauf gesetzten Gerüchte über bevorstehende allgemeine Wahlen ernst nimmt. Die einen prophezeien Oktober, die anderen gar schon September als den Monat für die Entscheidungsschlacht. Auch sollen Anzeichen für Kabinettsänderungen vorhanden sein. In diesem Zusammenhang wird Dr. Wilfrid Laurier MacDougald, der Vorsitzende der Hafenbehörde von Montreal, genannt. Da zu gesellen sich andere Namen, die aber ebenso als Minister, Senatoren oder Eisenbahnkommissare sicher sind wie der genannte MacDougald.

Jedenfalls enthalten die Gerüchte einen guten Kern. Wenn schließlich auch in Regierungskreisen Bedenken hinsichtlich des Ausganges der Wahl vorhanden sind, so wird man es sich doch doppelt und dreifach überlegen, ob man die Entscheidung bis in das nächste Jahr verschieben und dann gezwungenerweise zur Wahl gehen soll. Das würde einen schlechten Eindruck machen und die Vermutung entstehen lassen, daß die Regierung des Premier King sich ihrer Sache nicht sicher sei.

Englische Kritik an den „Friedensverträgen"

Revision muß kommen

Die Abrüstungsheuchelei.

London, Ende Juni. — Die englische Presse bringt ausführliche Berichte über eine von Sir William Goode im Manchester Luncheon Club gehaltenen Vortrag, in der er die von Genf gemeldeten Ergebnisse der ungarischen Rekonstruktion würdigte. Die Rede hat, wie aus den Kommentaren hervorgeht, eine tiefe Wirkung ausgeübt.

Wie die Blätter berichten, sagte Sir William Goode nach Erörterung des günstigen Standes des ungarischen Budgets, sowie der Empfehlung des Völkerbundes bezüglich des Abschlusses von Wirtschaftsverträgen und der Herabsetzung der Zolltarife zwischen den Nachfolgestaaten:

„Oesterreich und Ungarn wurde durch die Intervention des Völkerbundes vom Ruin gerettet, die Schwierigkeiten ihrer Wirtschaftsverhältnisse sind jedoch unverändert geblieben. Sie werden auch unverändert bleiben, solange die Welt nicht begreift, daß die wirtschaftlichen Schwierigkeiten dieser beiden Länder nicht die Krankheit selbst, sondern ihre Symptome sind. Sie sind das Ergebnis der politischen Atmosphäre, in der die Friedensverträge abgeschlossen worden sind und die seitdem nur noch verbittert wurde. Man kann die Symptome nicht verschwinden machen, ohne zuerst die Krankheit zu heilen.

„Sowohl im Fall Oesterreichs wie auch in dem Ungarns sind die wirklichen Hindernisse des wirtschaftlichen Fortschrittes nicht in kleinen Tarifplänkeleien, sondern in tieferen Uebeln zu suchen, die durch die Friedensverträge geschaffen wurden. Es ist schwer, von einer Revision in der nahen Zukunft zu reden, obzwar einsichtige Staatsmänner auch der im Kriege alliiert und assoziiert gewesenen Mächte heute bereits, wenn auch nur unter vier Augen zugaben, daß eine Revision einmal werde stattfinden müssen. Aber ohne die Revision abzuwarten, konnte schon jetzt zumindest ein hinsichtlich des Uebereinkommen getroffen werden, das für die Herstellung normaler Wirtschaftsverhältnisse wichtig wäre."

Goode berief sich auf Lord Bradbury, der von den Gutmachungsbestimmungen des Friedensvertrages gesagt habe, sie seien bereits mausetot und meinte, er halte es für wünschenswert, daß dies auch in Bezug auf andere Bedingungen, insbesondere auf die militärischen Klauseln gesagt werden könnte. Die besiegten Mächte wurden zur Aufrüstung gezwungen und diese Tatsache wurde in dem Friedensvertrag mit der salbungsvollen Fiktion eingeleitet: „Um eine allgemeine Herabsetzung der Rüstungen durch alle Nationen zu ermöglichen . . ." (Siehe auch „Die friedlose Welt" auf Seite 2!)

Diese Einleitung, sagte Sir William Goode, sei schon seit langem nichts anderes als „der Grabstein des guten Glaubens der Entente". Es wurde zwar beschlossen, die Militärkontrolle der Ententekommissionen durch eine Kontrolle des Völkerbundes zu ersetzen, indessen werden die militärischen Klauseln weiter angewendet, als hätte die Entente ebenfalls abgerüstet. Lord Bradburn habe gesagt: „Wir kämpfen für Gleichheit zwischen den Völkern und für das Recht, in Gleichheit und Freiheit mit den übrigen Völkern leben zu können. Es wäre ein Unfug, dieses Recht unseren gewesenen Feinden abzusprechen."

„Solange Englands Freunde diesseits des Kanals, sowie seine Alliierten diese Wahrheit nicht begreifen," schloß Sir William Goode seinen Vortrag, „läßt sich auf eine dauernde Besserung der Wirtschaftsverhältnisse Mitteleuropas kaum rechnen."

„Manchester Evening News" verweisen darauf, daß Goode die wirklichen Schwierigkeiten einer Rekonstruktion Mitteleuropas hervorgehoben habe. Jede Nation sei zu Mißtrauen berechtigt, wenn man sich ihr in der einen Hand mit einem Vortrag und in der anderen Hand mit einem Schwert nähere. Solange Europa in zwei feindliche Lager bewaffneter und entwaffneter Länder geteilt sei, sei der Friede unmöglich.

„Manchester Guardian" führt aus, die Ententestaatsmänner seien seinerzeit vor der Zerstückelung der Donaumonarchie beizeiten gewarnt worden, ohne jedoch diese Warnungen zu beachten. Die Folgen des ängstlichen Unheils seien unabwendbar und ganz Europa müsse schwer dafür büßen.

Diskontsatz in Wien wird erniedrigt

Wien, 13. Juli. — Der Präsident der österreichischen Nationalbank kündigte an, daß eine Erniedrigung des Diskontsatzes geplant sei. Dieselbe dürfte wohl nicht sofort, aber im weiteren Verlaufe des Sommers in Kraft treten.

Bei dieser Gelegenheit warnte er das Publikum vor den jüngsten Steigerungen der Effekten an der Wiener Börse, welche er als durch die internationale Lage nicht gerechtfertigt bezeichnete.

Moskauer Regierung verschiebt Hinrichtung von Deutschen

Paris, 10. Juli. — Der Havas-Agentur geht aus Moskau die Meldung zu, daß die Sowjetregierung dem Ersuchen der Berliner Regierung stattgegeben und den Vollzug der über Dr. Karl Kindermann und Theodor Volsch verhängten Todesurteile aufgeschoben hat.

Auflösung einer kooperativen Farmergesellschaft

Chicago, 10. Juli. — Die Auflösung der Gesellschaft für Vermarktung von Getreide wird durch die ursprünglichen Gesellschaften, welche sich zu diesem großen kooperativen Farmerunternehmen verbunden hatten, sofort erfolgen. Beamte hatten zuerst die Notwendigkeit einer Auflösung bestritten und setzten ihre Bemühungen fort, eine am 29. Juli fällige Verpflichtung von vier Millionen zu decken, aber vergebens. Die Armour Co., eine der vier ursprünglichen Gesellschaften, wird alle rückständigen Geschäfte für die Vermarktungsgesellschaft besorgen. Zwei der verschmolzenen Korporationen wurden als Einzelgesellschaften wieder an der Chicagoer Handelsbörse zugelassen.

Das französisch-spanische Marokko-Abkommen

Angebliche Friedensvorschläge an Abd el Krim

Wechselndes Kriegsglück an der Front.

Madrid, 10. Juli. — Die Unterhandlungen zwischen Frankreich und Spanien über ein gemeinsames Vorgehen gegen die Rabylen, die sich gegen die Oberhoheit der beiden Protektoratszonen Marokkos auflehnen, sind zu Ende geführt worden. Die Vertreter der beiden Länder unterzeichneten eine Vereinbarung über eine gemeinsame Landblockade des Gebiets der Rebellen.

Louis Malyn, der führende französische Delegat erklärte, daß ein politischer Vertrag unterzeichnet werden wird, der das wichtigste in der Konferenz erzielte Abkommen sei. Der Abschluß eines solchen Abkommens, über dessen Natur noch keine Mitteilungen gemacht wurden, wurde auch von General Gomez Jordana von Spanien, dem Präsidenten der Konferenz, bestätigt, der jedoch behauptet, daß noch die Aeußerung der französischen Regierung über einige Einzelheiten der Vereinbarung ausstehe.

Paris, 12. Juli. — Frankreich und Spanien werden Abd el Krim Autonomie in der Rif-Gegend von Marokko unter spanischem Protektorat anbieten. Dies ist einer der Hauptcharakterzüge des französisch-spanischen Marokko-Uebereinkommens, das in Madrid unterzeichnet wurde.

In leitenden Pariser Kreisen glaubt man nicht daran, daß Abd el Krim die ihm angebotenen Friedensvorschläge annehmen wird, da der Letztere, der zur Zeit gegen Frankreich und Spanien Front machen muß, zu wiederholten Malen die Erklärung abgegeben hat, daß er kein spanisches Protektorat sich gefallen lassen würde.

Wie verlautet, wird in der zwischen Frankreich und Spanien getroffenen Vereinbarung Frankreich die Erlaubnis gegeben, Truppen, die auf der Verfolgung der Rif-Rabylen begriffen sind, nach der spanischen Marokko-Zone zu senden, falls die Rifkabylen sich nach derselben zurückziehen sollten und falls eine Besetzung der spanischen Marokko-Zone infolge von Operationen durch französisches Militär notwendig werden sollte.

Schon seit längerer Zeit stand die französische Regierung bezüglich Erlangung dieser Erlaubnis mit der spanischen Regierung in Unterhandlung; die Franzosen behaupten nämlich, daß die Rifkabylen nach Angriffen auf französische Stellungen sich nach spanischem Gebiete zurückzogen, wohin ihnen französische Truppen nicht folgen dürften.

Französischer Rückzug.

Fes, Französisch-Marokko, 10. Juli. — Die französischen Truppen haben, angeblich als Vorbereitung für den geplanten Vorstoß gegen die um den Besitz von Taza kämpfenden Streitkräfte Abd el Krims, einige ihrer Blockhäuser nördlich von Mejan zerstört und sich nach den vorher bestimmt gewesenen Stellungen zurückgezogen.

10,000 Rifioten rücken dem Ufer des Uergaflusses entlang vor und scheinen die Absicht zu haben, sich südlich einen Weg nach Fes zu bahnen.

Paris, 10. Juli. — Der royalistische Führer Charles Maurras regt in dem von ihm redigierten Blatt „L'Action francaise" an, in dem Feldzug gegen Abd el Krims Scharen Giftgas anzuwenden. Er schreibt, wenn die Dörfer der aufständischen Rabylen mit Gasbomben belegt würden, würde Abd el Krim in wenigen Wochen zu Kreuze kriechen.

Tanger, Franz. Marokko, 12. Juli. — Wie aus Mitteilungen hervorgeht, welche von den Rif-Bewohnern herzuführen scheinen, erlitten die Stämme der Einheimischen, die Abd el Krim unterstützen, während der Angriffe, die der Letztere auf die französische Front unternahm, schwere Verluste. Der Taraust-Stamm stellte Abd El Krim 300 Soldaten zur Verfügung. Von den Letzteren wurden angeblich 255 getötet. Von den 1800 Angehörigen des Beni Zeroual-Stammes, die mit den Rifkabylen gemeinschaftliche Sache machten, verloren 310 das Leben.

Fes, Franz. Marokko, 12. Juli. — Der Druck, den die Rifkabylen auf die französische Front am Uergafluße ausüben, hat zugenommen. Anscheinend setzt Abd El Krim seine Vorbereitungen für einen Vormarsch auf Fes fort. Die Franzosen haben die Abteilungen von den bedrängten Stellen der Front verdrängt.